

GR Verena KUMPITSCH

11.04.2019

ANTRAG

Betreff: Tankstellen für E-Fahrräder und E-Scooter

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Laut der aktuellen Mobilitätserhebung wird jeder fünfte Weg mit dem Fahrrad zurückgelegt. Mehr Rad, weniger Auto, ein begrüßenswerter Zustand! Radwege werden ausgebaut und die Zahl der RadfahrerInnen in Graz steigt. Ebenso steigt die Zahl der verkauften E-Fahrräder. Auch E-Scooter erfreuen sich immer größerer Beliebtheit.

Dies ermöglicht auch älteren oder weniger sportlichen Menschen, größere Distanzen mit dem Fahrrad zu bewältigen. Aus diesem Grund wäre es sinnvoll, als erste Stadt Österreichs eine Vorreiterrolle zu übernehmen und den GrazerInnen öffentliche Tankstellen für Elektro-Fahrräder zu Verfügung zu stellen.

Besonders an gut frequentierten öffentlichen Plätzen und Grünanlagen würde die Einrichtung ebensolcher Tankstellen einen großen Mehrwert für die Bevölkerung mit sich bringen und die Mobilität nachhaltig fördern.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A N T R A G:

Die Holding Graz wird ersucht, die Umsetzung von Tankstellen für Elektro-Fahrräder und E-Scooter zu prüfen und gegebenenfalls zu realisieren.

GR Sissi POTZINGER

11.4.2019

Betreff: Unfallprävention – Spiegel an gefährlichen Kreuzungen als kurzfristige
Maßnahme – Graz als Vorreiter

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Nach dem tragischen Unfall eines Wiener Schülers wurden dem Verkehrsminister beim LKW-Sicherheitsgipfel am 19. Februar 2019 fast 70.000 Unterschriften übergeben mit dem Ersuchen, LKW und Busse mit Abbiegesystemen nachzurüsten. EU-weit soll dies erst Ende 2021 in Kraft treten. Kurzfristige Maßnahmen für Österreich wurden nach dem LKW-Sicherheitsgipfel angekündigt: Assistenzspiegel an Kreuzungen, Verlegung von Fußgängerübergängen, Rechtsabbiegeverbote, Informationskampagnen etc.

Es muss möglichst rasch gehandelt werden, um weiteren Unfällen vorzubeugen. Graz als sichere Stadt, Stadt der Lebensqualität und größte familienfreundliche Gemeinde Österreichs könnte auch hier mit gutem Beispiel vorangehen. Spiegel bei allen Ampeln an Kreuzungen könnten eine lebensrettende Sofortmaßnahme sein, um den „Toten Winkel“ für Bus- und LKW-Lenker zu minimieren.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

ANTRAG:

Die ressortzuständigen Stellen werden ersucht, dass möglichst rasche Anbringen von Spiegeln an Kreuzungen in der Stadt Graz zu prüfen, um die Gefahrenquelle „Toter Winkel“ zu minimieren und Verkehrssicherheit für Fußgänger und Radfahrer bei rechts abbiegenden LKW und Bussen zu gewährleisten.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Christine Braunersreuther

Donnerstag, 11. April 2019

Antrag

Betrifft: Obstbäume und Beerensträucher anpflanzen

20.000 gerodete Bäume und Gehölze - 235 für die Augartenbucht, 840 für den ZSK, 3.600 für die Seilbahn; 16.000 Bäume durch das Murkraftwerk - und nochmals 20.000 Bäume, die die Stadt am Plabutsch aus ihrem Besitz gegeben hat. Das bietet Potential für die groß angekündigte Grünraumoffensive!

In dieser Feinstaub- und NOX-geplagten Stadt geht es jetzt nicht nur darum, in mindestens demselben Ausmaß Bäume – und zwar wirklich Bäume mit dem der Definition entsprechenden Stammumfang – und Gehölzer nachzupflanzen. Es geht auch darum, sinnvoll und zum Nutzen der Bevölkerung nachzupflanzen. Bereits im März 2015 hat meine Kollegin Martina Thomüller einen Antrag gestellt, dass zur Freude und nicht zuletzt als Beitrag zur gesunden Ernährung der Bevölkerung in den Parks, etwa in der Augartenbucht, auch Bereiche mit öffentlich zugänglichen und nutzbaren Obstbäumen und -sträuchern geschaffen werden sollten, wo man nach Lust und Laune frische Früchte ernten und kosten kann. Derartige Parks und Bereiche – man denke beispielsweise an den Naschgarten in Andritz – erfreuen sich bei der Bevölkerung immer größerer Beliebtheit. Darüber hinaus sollte eine in Skandinavien bereits erfolgreich erprobte Idee aufgegriffen werden, nämlich am Rand von Kinderspielplätzen Beerensträucher und -ranken zu pflanzen. Im Sommer lernen hier Kinder mit viel Genuss, dass nicht nur Gummibärchen lecker schmecken. Das wäre ein wichtiger Beitrag zum Gesundheitsjahr.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständige Abteilung für Grünraum und Gewässer wird ersucht, in Kooperation mit der Holding dafür zu sorgen, dass bei der Gestaltung von Parks und Grünflächen im öffentlichen Raum künftig mehr Obstbäume und -sträucher gepflanzt werden und an Kinderspielplätzen Beerensträucher und -ranken.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Donnerstag, 11. April 2019

Antrag

Betrifft: Begrünung des namenlosen Platzes zwischen Annenstraße und Metahofgasse sowie des Esperantoplatzes.

Kurz bevor die Straßenbahn in die Unterführung zum Hauptbahnhof einfährt, befindet sich stadtauswärts auf der rechten Seite der Annenstraße ein kleiner namenloser Platz. Dieser fällt auf, weil die beschriebene Fläche einerseits gepflastert ist und andererseits lediglich aus festgestampftem Erdreich und Schotter besteht. Auch bei den Sitzgelegenheiten und den wenigen vorhandenen Bäumen wächst kein einziger Grashalm. Bewegt man sich weiter stadteinwärts, ist am Esperantoplatz ein ähnlich trostloses Bild anzutreffen.

Eine Begrünung der Baumeinfassungen sowie das Aufstellen von Blumentrögen wäre in diesen Bereichen mit Sicherheit von jedem Aspekt her sehr vorteilhaft.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Der Bereich zwischen Annenstraße und Metahofgasse sowie der Esperantoplatz mögen im Sinne des Motivenberichtes durch Begrünung und Bepflanzung so bald wie möglich aufgewertet werden.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 11. April 2019

Antrag

Betrifft: Plabutsch – Downhill-Strecke kollidiert

Graz befindet sich in der glücklichen Lage, umgeben von Wäldern, Hügeln und – wie der Tiroler sagen würde – kleineren Bergen zu sein. Zahlreiche Freizeitangebote wie Wanderwege, Bikestrecken, aber auch DownHill Strecken prägen die Vielfalt des Freizeitangebotes. Alles in allem ein schönes Angebot für all jene, die ihren Aktivitäten in der Natur und frischen Luft nachgehen wollen. Um jedoch ein Kollidieren für manche Sportarten aufgrund ihrer Gefährlichkeit zu vermeiden, ist es deshalb auch notwendig, gewisse Strecken separat auszuweisen und diese von den anderen zu trennen, jedoch so, dass bestehende Angebote bestehen bleiben. Für die Errichtung von zwei neuen exklusiven Mountainbike-Strecken am Plabutsch haben die Freizeitbetriebe der Holding Graz jedoch nun zwischen Gaisbergsattel („Herrgott auf der Wies“) und Gaisberg einen bestehenden Wanderweg, der auch Teil des Plabutschkamm-Höhenweges ist, für eine Downhill-Zwecke „beschlagnahmt“ und mittels Beschilderung sogar ausgesperrt, zum Ärger zahlreicher Wanderer. Diese Maßnahme verstößt sogar gegen die im Forstgesetz normierte Wegfreiheit für Fußgänger und Wanderer und wird in der Praxis nicht funktionieren, zumal es keine brauchbare Alternative für Wanderer gibt. Die Situation ist sehr gefährlich und bedarf einer unverzüglichen Bereinigung.

Als positives Beispiel dafür, wie es funktionieren könnte, sei die Downhill-Strecke am Schöckl erwähnt, wo sich die Verantwortlichen mit Profis an einen Tisch gesetzt und eine durchaus gelungene Downhill-Strecke konzipiert haben. Die bestehende Strecke hat bei allen Naturliebhabern positiven Anklang gefunden und es ist auch zu keinen einschneidenden Maßnahmen für bestehende Wanderwege gekommen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats sowie die Verantwortlichen der Holding Graz werden höflichst ersucht, sich - wie im Motivenbericht beschrieben - rasch um eine für alle Naturliebhaber geeignete Lösung zu bemühen.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **11. April 2019** von Gemeinderat
Ing. Roland Lohr

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 11.04.2019

Betreff: Beleuchtung Spielbergweg
Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Straßenbelag des Spielbergwegs in Wetzelsdorf wurde kürzlich saniert, und die Anrainer zeigen sich grundsätzlich zufrieden. Allerdings ist die Ausleuchtung in den Abend- und Nachtstunden unzureichend. Überdies fehlen im Bereich des sanierten Wegabschnitts noch Bogenlampen.

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag
gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen die Beleuchtungssituation am Spielbergweg prüfen und fehlende Beleuchtungsanlagen ergänzen.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **11. April 2019** von Gemeinderat Berno Mogel

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 11.04.2019

Betreff: Bewerbung kultureller Veranstaltungen
Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Seitens einiger der freien Theater in Graz wurde mehrfach der Wunsch nach mehr Präsenz im öffentlichen Raum geäußert. Primär geht es dabei um die Möglichkeit der Bewerbung. Der Kulturserver Graz bietet dahingehend allen Kulturschaffenden seit vielen Jahren eine sehr gute Plattform, der in seiner Außenwirkung jedoch nur kleinere Teile der Gesellschaft erreicht.

Eventuell hätte die Stadt Graz jedoch die Möglichkeiten, die Inhalte des Kulturservers über weitere ihrer Kanäle einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen und damit neben der freien Szene gleichzeitig auch die von der Stadt geförderten Häuser zu bewerben. Dabei kommen sowohl digitale Medien, Printmedien als auch Plakatwände grundsätzlich in Betracht. Auch die digitalen Infoscreens in der Herrengasse sowie jene in öffentlichen Verkehrsmitteln könnten zu diesem Zweck in Betracht gezogen werden.

Aus diesem Grund ergeht namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

Antrag
gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Das zuständige Amt möge prüfen, auf welchen zusätzlichen Kanälen der Stadt Graz eine regelmäßige und breitenwirksame Veröffentlichung der Inhalte des Kulturservers Graz möglich wäre. Insbesondere soll hier auch auf die Präsenz der freien Theater als gleichwertige Partner der Grazer Kulturszene Rücksicht genommen werden.



Antrag der Grünen - ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung am 11. April 2019

von

GRⁱⁿ Mag.^a Andrea Pavlovec-Meixner

Betreff: Rechnungshof-Bericht Zentraler Speicherkanal

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

am 29. März dieses Jahres habe ich die Antwort zu meiner Anfrage zum Thema ZSK und Klimawandelanpassungsstrategien, die ich im März 2018 eingebracht habe, erhalten.

Unter Punkt 5 der Beantwortung meiner Anfrage wird auf Rechnungshof-Berichte verwiesen. Zwar ist der Informationsbericht des Rechnungshofes zum 1. Quartal 2016 verfügbar, nicht zugänglich ist allerdings der Bericht zur Projektkontrolle des Rechnungshofes, der dem am 25. Februar 2016 beschlossenen GR-Stück zum Zentralen Speicherkanal aufgrund der Bestimmung des § 6 Absatz 5 der Geschäftsordnung für den Stadtrechnungshof zur Projektkontrolle zur Beschlussfassung im Gemeinderat beizulegen gewesen wäre.

Da ohne die Möglichkeit der Einsichtnahme in diesen Rechnungshof-Bericht die Anfragebeantwortung unvollständig ist, stelle ich seitens des Grünen Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Der Rechnungshof-Bericht zum am 25. Februar 2016 beschlossenen GR-Stück zum Zentralen Speicherkanal möge ehebaldig, spätestens bis zur Gemeinderatssitzung im Juni 2019, dem Kontroll-Ausschuss vorgelegt werden.



Antrag der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 11. April 2019

von

GRⁱⁿ Bedrana Ribo, MA

Betreff: Sitzbänke, die den Bedürfnissen älterer Menschen entsprechen

Sich in der Stadt zu bewegen, wird für Menschen ab einem gewissen Alter zunehmend zur Herausforderung. Aber gerade ältere Menschen haben oft viele Alltagswege zu erledigen. Zwar fallen die Wege zur Arbeit weg, Einkaufswege sind jedoch häufiger, da meist nur in kleinen und damit leichteren Mengen gekauft werden kann. Auch Arztbesuche fallen öfter an, als bei jungen Leuten. Und natürlich ist es für SeniorInnen auch aus gesundheitlichen Gründen wichtig, mobil zu sein und beispielsweise regelmäßig Spaziergänge zu machen.

Wer in der Stadt unterwegs ist, braucht aber auch Plätze und Möglichkeiten, um kurz zu verweilen und sich auszuruhen, also Parkbänke oder andere Sitzmöbel im öffentlichen Raum. Für ältere Menschen, insbesondere jenen mit Bewegungseinschränkungen, können diese Sitzbänke aber zum Problem werden. Es geht hier um eigentlich ganz einfache Dinge, wie beispielsweise Rückenlehnen. Wenn diese fehlen, dann kann ein aufrechtes Sitzen, aber auch das Aufstehen und Niedersetzen zum Problem werden. Auch die Sitzbankhöhe ist wichtig, sind die Bänke zu niedrig, dann können sie von Menschen, die schon gebrechlich sind, nicht benutzt werden.

Es geht immer um scheinbar kleine Dinge, die in Summe jedoch enorm wichtig sind, um Seniorinnen und Senioren zu ermöglichen, mobil zu bleiben und möglichst selbständig und selbstbestimmt ihren Alltag zu bewältigen. Daher sollte die Stadt ein besonderes Augenmerk darauf haben, dass die Sitzmöbel an öffentlichen Orten funktional und altersgerecht gestaltet sind.

In diesem Sinne stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Der zuständige Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, eine Überprüfung zu veranlassen, welche Sitzbänke im öffentlichen Raum nicht den Erfordernissen und Bedürfnissen von SeniorInnen entsprechen. In der Folge sollen dann an zentralen Stellen vorhandene ungeeignete Sitzmöbel ausgetauscht werden bzw. bei der Anschaffung neuer Bänke generell darauf geachtet werden, dass diese für ältere und bewegungseingeschränkte Menschen gut benutzbar sind.



Antrag

der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 11.04.2019

von

GRⁱⁿ Tamara Ussner

Betrifft: Geschwindigkeitsüberwachungen

Uns haben in den letzten Wochen mehrere Beschwerden über permanente Geschwindigkeitsübertretungen an unterschiedlichen Stellen der Stadt erreicht. Diese finden unter anderem in der Nähe von Kindergärten statt, weiters werden Fußgänger*innenübergänge gefährdet und in Andritz handelt es sich um einen uneinsichtigen Eingang eines Heimgartens, bei dem bereits öfters gefährliche Situationen stattgefunden haben.

Deshalb stelle ich im Namen des Grünen Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

An folgenden Stellen sollen innerhalb der nächsten 3 Monate folgende Maßnahmen zur Reduktion von Geschwindigkeitsübertretungen gesetzt werden:

1. Installation eines Radarkastens in der aufgelassenen Busbucht der Ragnitzstraße
2. Geschwindigkeitskontrollen in der St.Peter-Hauptstraße auf Höhe der Waldorfschule
3. Geschwindigkeitskontrollen vor dem Eingang des Heimgartenvereins „Theodor Körner“ in der Andritzer Reichsstraße 97



Antrag der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 11. April 2019

von

GRⁱⁿ Manuela Wutte, MA

Betreff: Petition Landesgesetzgeber bez. Errichtung von Spielplätzen

Aufgrund von Bevölkerungswachstum und Nachverdichtung steht nur begrenzter öffentlicher Raum in den innerstädtischen Bezirken als Spiel- und Bewegungsraum für Kinder zur Verfügung. Umso problematischer ist es, dass auch Wohnsiedlungen immer häufiger ohne eigenen Spielplatz errichtet werden. Die Möglichkeit für diese Vorgangsweise eröffnet das Steiermärkische Baugesetz, das Bauträger von ihrer Verpflichtung zur Errichtung eines Kinderspielplatzes entbindet, wenn ein öffentlicher Spielplatz in einem Umkreis von 500 Metern erreichbar ist. Dass 500 Meter aber gerade für kleinere Kindern eine weite Strecke sind, wissen alle, die selber Kinder haben.

In diesem Sinne stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die Stadt Graz ersucht die Landesregierung am Petitionsweg § 10 des Steiermärkischen Baugesetzes so abzuändern, dass der eigentlichen Intention des Gesetzgebers – dass jedes Wohngebäude mit mehr als 3 Wohnungen einen Kinderspielplatz hat – Rechnung getragen wird. Außerdem sollte eine Mindestausstattung für Spielplätze definiert werden.

Betreff: Naturschutzgebiet Lustbühel



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

Antrag

**an den Gemeinderat
eingebracht von Frau Gemeinderätin Mag.^a Alexandra Marak-Fischer
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 11. April 2019**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Grünraum am Lustbühel ist nicht nur ein beliebtes Naherholungsgebiet für Grazerinnen und Grazer, in dem die in der Stadt selten gewordene Pflanzen- und Tierwelt betrachtet werden kann, sondern ist vor allem ein Naturschutzgebiet, in dem geschützte Pflanzen wachsen. Da allerdings das Gebiet auch als landwirtschaftlicher Betrieb genutzt wird, kommt es bisweilen zu Interessenskollisionen. Vor allem im Falle einer Feuchtwiese mit seltenen Pflanzen, die durch die gleichzeitige Nutzung als Weide für die Kühe stark gefährdet ist. Auf diesen Missstand wurde durch die Vertreter der Berg- und Naturwacht in einem Gespräch im Herbst bereits hingewiesen. Zum Schutz dieser Feuchtwiese müsste nur die Kuhweide etwas verlagert werden, indem die Weidezäune versetzt werden.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher

den Antrag,

der Bürgermeister möge die zuständigen Stellen im Haus Graz damit beauftragen, die geschützte Feuchtwiese am Lustbühel durch Verlegung des Weidezauns der Kuhweide vor der Störung durch Weidevieh künftig sichern.

Betreff: Entfernung einer Werbetafel am Standort
St.-Peter-Hauptstraße/Arthur-Michl-Gasse



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

ANTRAG

an den Gemeinderat
eingebracht von Herrn Gemeinderat Mag (FH) Ewald Muhr, MSc
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 11.4.2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

An der Ecke St.-Peter-Hauptstraße/Arthur-Michl-Gasse wurde vor geraumer Zeit eine Werbetafel angebracht, die in ca. 5 Meter Höhe auf den Gehsteig der St.-Peter-Hauptstraße hineinragt.

In der Anfangszeit diente diese Tafel als Hinweisschild zu einem Büro der ehemaligen STEG, heute Energie Steiermark. Im Laufe der Zeit wurden die Informationstexte bzw. die Aufkleber an der Hinweistafel mehrmals geändert. Derzeit verweist diese Tafel an ein Unternehmen mit der Internetseite www.dd-immo.at und der Telefonnummer 0650 078580. Weder diese Internetseite noch diese Telefonnummern sind derzeit vergeben, was darauf schließen lässt, dass dieses Unternehmen vor geraumer Zeit aufgelöst wurde.

Bezüglich dieser „toten“ Tafel gab es nun bereits vermehrt Anfragen aus der Bevölkerung, ob die Möglichkeit besteht diese zu entfernen. Trotz großen und mehrmaligen Bemühungen war es den BürgerInnen nicht möglich entsprechende Antworten bzw. Zuständigkeiten der Stadt Graz betreffend dieser Tafel zu erhalten.

In diesem Sinne stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion

den Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen einerseits prüfen, wer der Eigentümer dieser Werbetafel ist. Sollte es sich in diesem Fall um eine „tote“ Tafel handeln, also eine Werbetafel, für die kein Eigentümer ermittelt werden kann, so sollen die zuständige Magistratsabteilungen einerseits die Entfernung verordnen und andererseits die Entfernung auch durchführen.

Betreff: Regenbogen-Jahr 2019



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

Graz, 11. April 2019

ANTRAG

eingbracht von Frau Gemeinderätin Anna Robosch
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 11. April 2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Als historisches Regenbogen-Jahr 2019 bezeichnen viele LGBTIQ-Organisationen das Jahr 2019. Ab 1. Jänner ist die ‚Ehe für ALLE‘ nach Jahren der Diskussion endlich Realität. Diesen Meilenstein der Gleichstellungspolitik verdankt Österreich dem unerlässlichen Engagement unzähliger AktivistInnen und Organisationen.

Neben der Ehe-Öffnung markiert auch die EURO PRIDE, die europäische Regenbogen-Parade, die im Juni für mehrere Wochen hunderttausende Menschen nach Wien und Österreich bringen wird, die Bedeutung des Regenbogen-Jahrs 2019.

Doch auch mit diesen Gleichstellungs-Meilensteinen ist im Bereich Diskriminierungsschutz noch viel zu tun. Eine Einführung des Schutzes vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung im Privatleben („Levelling Up“) wäre das nächste große Projekt für einen Schritt in Richtung Normalität.

Das Regenbogen-Jahr 2019 muss für uns als Stadt Graz Anlass sein, um auch ein Zeichen zu setzen, dass Graz bunt ist und bei uns Homophobie keinen Platz hat.

Deshalb stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

Antrag,

die Stadträtin für Verkehr, Elke Kahr, möge prüfen, ob Regenbogenfahnen auf den Bussen und Straßenbahnen im Juni möglich wären.



Antrag

an den Gemeinderat in der Sitzung vom 11. April 2019
eingebracht von **Nikolaus Swatek**

Betrifft: Zebrastreifen Ostbahnstraße/Murpark

Kaum ein Gebiet in Graz ist gleichzeitig so gut für den öffentlichen Verkehr sowie für PKWs erreichbar, wie die Ostbahnstraße und ihr näheres Umfeld. Es ist daher nicht verwunderlich, dass es in diesem Gebiet viele Treffpunkte gibt, die für Grazerinnen und Grazer Ausgangspunkt für Fahrgemeinschaften sind, um über die Autobahn das Grazer Stadtgebiet zu verlassen. Aufgrund der schnellen An- und Abreise mit dem PKW wird insbesondere die Tankstelle beim Kreisverkehr zur Autobahn zum Ein- bzw. Aussteigen von Mitfahrenden genutzt. Doch das Erreichen der Tankstelle ist für Nutzer des öffentlichen Verkehrs umständlich, weil sich im Bereich des Kreisverkehrs sowie im nahen Umfeld kein Zebrastreifen befindet, um die Ostbahnstraße zu überqueren. Die nächste Möglichkeit, die Straße sicher zu überqueren, befindet sich erst beim Kreisverkehr Ostbahnstraße/Sternäckerweg. Ein sicheres Überqueren der Ostbahnstraße trotz starkem Verkehr wäre besonders für Nutzer von Fahrgemeinschaften von großem Vorteil.

Gemäß §17 der Geschäftsordnung des Gemeinderates stelle ich den

Antrag,

die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen beauftragt werden, die Situation für Fußgänger in der Ostbahnstraße zu evaluieren und gegebenenfalls einen Zebrastreifen zur Überquerung dieser zu schaffen.